Bibliografie	
Titel	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
Redaktionelle Abkürzung	GG
Normtyp	Gesetz
Normgeber	Bund
Gliederungs-Nr.	100-1

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland *

In der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung (1)

Zuletzt geändert durch das Gesetz vom 19. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2478)

Der Parlamentarische Rat hat am 23. Mai 1949 in Bonn am Rhein in öffentlicher Sitzung festgestellt, dass das am 8. Mai des Jahres 1949 vom Parlamentarischen Rat beschlossene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der Woche vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als Zweidritteln der beteiligten deutschen Länder angenommen worden ist.

Auf Grund dieser Feststellung hat der Parlamentarische Rat, vertreten durch seine Präsidenten, das Grundgesetz ausgefertigt und verkündet.

Das Grundgesetz wird hiermit gemäß Artikel 145 Abs. 3 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht:

Präambel

Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen,

von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.

Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.

Redaktionelle Inhaltsübersicht	Artikel
I.	
Die Grundrechte	
Menschenwürde/-rechte. Wirkung der Grundrechte	1
Recht auf freie Persönlichkeitsentfaltung/Leben/körperliche Unversehrtheit/Freiheit der Person	2
Gleichheit/Gleichberechtigung	3

© 2024 Wolters Kluwer Deutschland GmbH

Bekenntnisfreiheit 4

Meinungsfreiheit 5

Schutz der Ehe/Familie 6

Schutz des Schulwesens 7

Versammlungsrecht 8

Vereinigungsrecht 9

Brief-/Post-/Fernmeldegeheimnis 10

Freizügigkeit 11

Berufsfreiheit 12

Dienstverpflichtung 12a

Unverletzlichkeit der Wohnung 13

Schutz des Eigentums/Erbrechts 14

Überführung in Gemeineigentum/-wirtschaft 15

Schutz der Staatsangehörigkeit. Auslieferungsverbot 16

Asylrecht 16a

Petitionsrecht 17

Einschränkung von Grundrechten bei Wehr-/Zivildienst/Zivilbevölkerungsschutz 17a

Verwirkung von Grundrechten 18

Einschränkung/Verletzung von Grundrechten durch öffentliche Gewalt 19

II.

Der Bund und die Länder

Verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik 20

Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen 20a

Parteien 21

© 2024 Wolters Kluwer Deutschland GmbH

Redaktionelle Inhaltsübersicht	Artikel

Bundeshauptstadt; Bundesflagge	22
Europäische Union	23
Übertragung/Beschränkung von Hoheitsrechten	24
Völkerrecht	25
Störung des Völkerfriedens. Kontrolle von Kriegswaffen	26
Handelsflotte	27
Verfassungsmäßige Ordnung der Länder	28
Neugliederung des Bundesgebietes	29
Landeseigene Verwaltung	30
Rang von Bundes-/Landesrecht	31
Beziehungen zu auswärtigen Staaten	32
Gewährleistungspflichten der Länder/des öffentlichen Dienstes	33
Amtspflichtverletzung	34
Rechts-/Amtshilfe der Behörden untereinander	35
Länderproporz für Bundesbehörden/Wehrgesetze	36
Anhalten eines Landes zur Erfüllung ihm obliegender Bundespflicht	37

III.

Der Bundestag

Wahl der Abgeordneten	38
Wahlperiode/Neuwahl/Sitzungen	39
Bundestagspräsident/-präsidium	40
Wahlprüfung	41
Öffentlichkeit der Sitzungen. Beschlussfassung. Bundestags-/Ausschuss-Berichte	42

© 2024 Wolters Kluwer Deutschland GmbH

Redaktionelle Inhaltsübersicht	Artikel

Anwesenheit/Zutritt/Anhörung von Mitgliedern der Bundesregierung/des Bundesrats im Bundestag/in Bundestagsausschüssen	43
Untersuchungsausschuss	44
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union	45
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten/Verteidigung	45a
Wehrbeauftragter	45b
Petitionsausschuss	45c
Parlamentarisches Kontrollgremium	45d
Indemnität/Immunität des Abgeordneten	46
Zeugnisverweigerungsrecht des Abgeordneten	47
Schutz der arbeitsrechtlichen Stellung des Kandidaten/Abgeordneten	48
(weggefallen)	49
IV.	
Der Bundesrat	
Mitwirkung bei Gesetzgebung/Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union	50
Mitglieder/Stimmabgabe	51
Bundesratspräsident/Beschlussfassung. Öffentlichkeit der Sitzungen. Bundesratsausschüsse	52
Rechte/Pflichten der (Mitglieder der) Bundesregierung	53
IVa.	
Gemeinsamer Ausschuss	53a
V.	
Der Bundespräsident	

© 2024 Wolters Kluwer Deutschland GmbH

Redaktionelle Inhaltsübersicht	Artikel
Wahl	54
Inkompatibilität	55
Amtseid	56
Wahrnehmung der Befugnisse durch Bundesratspräsident	57
Gegenzeichnung von Anordnungen/Verfügungen	58
Völkerrechtliche Aufgaben	59
(aufgehoben)	59a
Staatsrechtliche Aufgaben der vollziehenden Gewalt	60
Vorsätzliche Verletzung des Grundgesetzes/eines Bundesgesetzes	61
VI.	
Die Bundesregierung	
Zusammensetzung	62
Wahl des Bundeskanzlers	63
Ernennung/Entlassung von Bundesministern. Amtseid	64
Richtlinien-/Geschäftsleitungskompetenz des Bundeskanzlers	65
Befehls-/Kommandogewalt über Streitkräfte	65a
Inkompatibilität	66
Misstrauensvotum des Bundestags	67
Vertrauensfrage des Bundeskanzlers	68
Stellvertreter des Bundeskanzlers. Beendigung des Amts	69
VII.	
Die Gesetzgebung des Bundes	

© 2024 Wolters Kluwer Deutschland GmbH

Redaktionelle Inhaltsübersicht	Artikel
Ländergesetze	70
Ländergesetze bei ausschließlicher Gesetzgebung des Bundes	71
Ländergesetze bei konkurrierender Gesetzgebung	72
Ausschließliche Gesetzgebung des Bundes	73
Konkurrierende Gesetzgebung	74
(weggefallen)	74a
(weggefallen)	75
Gesetzesvorlagen	76
Gesetzesbeschluss/Vermittlungsausschuss. Einspruch des Bundesrats	77
Zustandekommen eines vom Bundestag beschlossenen Gesetzes	78
Grundgesetzänderung	79
Erlass einer Rechtsverordnung	80
Anwendung von Rechtsvorschriften im Spannungsfall	80a
Gesetzgebungsnotstand	81
Verkündung/Inkrafttreten von Gesetzen/Rechtsverordnungen des Bundes	82
VIII.	
Die Ausführung der Bundesgesetze und die Bundesverwaltung	
Landeseigene Verwaltung	83
Regelungen/Verwaltungsvorschriften/Bundesaufsicht/Einzelweisungen bei landeseigener Verwaltung	84
Regelungen/Verwaltungsvorschriften/Bundesaufsicht bei Auftragsverwaltung der Länder	85
Verwaltungsvorschriften/Regelungen bei bundeseigener Verwaltung/bundesunmittelbarer Selbstverwaltung	86
Bundeseigene Verwaltung. Bundesunmittelbare Selbstverwaltung	87
Streitkräfte	87a

© 2024 Wolters Kluwer Deutschland GmbH

Redaktionelle Inhaltsübersicht	Artikel

Bundeswehrverwaltung	87b
Ermächtigung zur Auftragsverwaltung der Länder im Fall des Artikels 73 Absatz 1 Nummer 14	87c
Luftverkehrsverwaltung	87d
Eisenbahnverkehrsverwaltung	87e
Postwesen und Telekommunikation	87f
Bundesbank	88
Wasserstraßen	89
Bundesautobahnen/-straßen	90
Einsatz von Polizeikräften anderer Länder/Kräften des Bundesgrenzschutzes	91

VIIIa.

Gemeinschaftsaufgaben, Verwaltungszusammenarbeit

Mitwirkung des Bundes. Beteiligung an Kosten	91a
Zusammenwirken bei Förderung von Wissenschaft und Forschung und zur Feststellung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens	91b
Zusammenwirken von Bund und Ländern bei der Informationstechnik	91c
Feststellung und Förderung der Leistungsfähigkeit der Verwaltungen von Bund und Ländern	91d
Zusammenwirken von Bund und Ländern bei der Ausführung von Bundesgesetzen auf dem Gebiet der Grundsicherung für Arbeitsuchende	91e

IX.

Die Rechtsprechung

Ausübung	92
Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts	93
Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts	94
Oberste Gerichtshöfe. Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe	95

© 2024 Wolters Kluwer Deutschland GmbH

Redaktionelle Inhaltsübersicht	Artikel
Errichtung von Bundesgerichten	96
Rechtsstellung der Richter	97
Regelung der Rechtsstellung der Richter	98
Landesrechtliche Zuweisung von Entscheidungen an das Bundesverfassungsgericht/oberste Bundesgericht	99
Gerichtliche Einholung der verfassungsgerichtlichen Entscheidung	100
Verbot von Ausnahmegerichten. Recht auf gesetzlichen Richter	101
Abschaffung der Todesstrafe	102
Grundsätze	103
Beschränkung der Freiheit der Person	104
X.	
Das Finanzwesen	
Träger der Bundes-/Länderausgaben	104a
Finanzhilfen des Bundes für bedeutsame Investitionen der Länder und Gemeinden	104b
Finanzhilfen für die kommunale Bildungsinfrastruktur	104c
Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen	104d
Gesetzgebungskompetenz	105
Anteile von Bund und Ländern am Finanzmonopolertrag/Steueraufkommen	106
Anteil für öffentlichen Personennahverkehr	106a
Kompensationzahlung des Bundes an die Länder für die Übertragung der Ertragshoheit der Kraftfahrzeugsteuer	106b
Örtliches Aufkommen der Steuern. Finanzausgleich. Ergänzungszuweisungen	107
Verwaltung	108
Grundsätze der Haushaltswirtschaft in Bund und Ländern	109
Einrichtung eines Stabilitätsrates; Verfahren zur Vermeidung von Haushaltsnotlagen in den Gebietskörperschaften	109a

© 2024 Wolters Kluwer Deutschland GmbH

Redaktionelle Inhaltsübersicht	Artikel
Haushaltsplan	110
Ausgaben vor Feststellung des Haushaltsplans	111
Über-/außerplanmäßige Ausgaben	112
Ausgabenerhöhung; Einnahmeminderungen	113
Rechnungslegung. Rechnungsprüfung des Bundesrechnungshofes	114
Aufnahme von Krediten	115
Xa.	
Verteidigungsfall	
Feststellung	115a
Befehls-/Kommandogewalt des Bundeskanzlers	115b.
Erweiterte Gesetzgebungskompetenz des Bundes	115c
Gesetzgebungsverfahren	115d
Stellung/Rechte des Gemeinsamen Ausschusses	115e
Besondere Maßnahmen der Bundesregierung	115f
Stellung des Bundesverfassungsgerichts	115g
Ablaufende Wahlperioden/Amtszeiten	115h
Besondere Maßnahmen der Landesregierungen	115i
Rang/Geltungsdauer von Gesetzen	115k
Aufhebung von Gesetzen/besonderen Maßnahmen. Beendigung des Verteidigungsfalls. Friedensschluss	115l
XI.	
Übergangs- und Schlussbestimmungen	
Deutscher	116

© 2024 Wolters Kluwer Deutschland GmbH

Redaktionelle Inhaltsübersicht	Artikel
(Übergangsregelung)	117
Neugliederung der Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern	118
Neugliederung in dem die Länder Berlin und Brandenburg umfassenden Gebiet	118a
Verordnungsermächtigung in Angelegenheiten der Flüchtlinge und Vertriebenen	119
Träger von Kriegsfolge-/Soziallasten	120
Durchführung des Lastenausgleichs	120a
Mehrheit der Mitglieder des Bundestags/der Bundesversammlung	121
Übertragung der Gesetzgebungsbefugnis	122
Fortgeltendes Recht	123
Fortgeltendes Recht als Gegenstand ausschließlicher Gesetzgebung des Bundes	124
Fortgeltendes Recht als Gegenstand konkurrierender Gesetzgebung	125
Fortgeltendes Recht nach Änderung der Gesetzgebungsbefugnis	125a
Fortgeltendes Recht nach Wegfall der Rahmengesetzgebung	125b
Übergangsweise Fortgeltung von Regelungen des Hochschulbaus, der Gemeindeverkehrsfinanzierung und der sozialen Wohnraumförderung	125c
Entscheidung über das Fortgelten von Recht	126
Inkraftsetzungsbefugnis von Übergangsrecht	127
Fortgeltendes Einzelweisungsrecht	128
Übergang/Erlöschen von Ermächtigungen. Generalklausel	129
Überführung/Auflösung/Abwicklung von Einrichtungen	130
Rechtsverhältnisse früherer Angehöriger des öffentlichen Dienstes	131
Versetzung in den Ruhe-/Wartestand. Versetzung in ein Amt mit niedrigerem Diensteinkommen	132
Übertragung von Rechten und Pflichten auf den Bund	133
Übertragung des Reichsvermögens	134
Abweichende Landeszugehörigkeit. Vermögensübergang	135

© 2024 Wolters Kluwer Deutschland GmbH

Redaktionelle Inhaltsübersicht	Artikel
Erfüllung von Verbindlichkeiten	135a
Zusammentritt des Bundesrates	136
Beschränkung der Wählbarkeit	137
Änderungen an Notariatseinrichtungen	138
Bestimmungen zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalismus und Militarismus	139
Verfassung des Deutschen Reichs	140
Religionsunterricht außerhalb des Schulwesens in Bremen	141
Fortgeltendes Landesrecht bei Gewährleistung von Grundrechten in Übereinstimmung mit Artikeln 1 bis 18	142
(aufgehoben)	142a
Beigetretener Teil Deutschlands	143
Umwandlung der in bundeseigener Verwaltung geführten Bundeseisenbahnen in Wirtschaftsunternehmen	143a
Umwandlung des Sondervermögens Deutsche Bundespost	143b
Finanzierungsmittel zur Aufgabenerfüllung der Länder	143c
Übergangsregelungen	143d
Verwaltung der Bundesfernstraßen	143e
Neuordnung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen	143f
Übergangsregelung aus Anlass des Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes vom 13. Juli 2017	143g
Annahme des Grundgesetzes	144
Inkrafttreten	145
Außerkrafttreten	146

Das Grundgesetz gilt im Saarland gem. § 1 Abs. 1 G v. 23.12.1956 101-2

Zur Gültigkeit in der ehemaligen DDR siehe Artikel 3 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 i. V. m. Artikel 1 des Gesetzes vom 23. September 1990 (BGBl. 1990 II S. 885, 890).

© 2024 Wolters Kluwer Deutschland GmbH